

Bundestagswahl 2021

Erwartungen der Diakonie Deutschland für die nächste Legislaturperiode

Die Demokratie stärken und eine vielfältige Gesellschaft aktiv gestalten

Demokratiefördergesetz verabschieden

Wir fordern ein aktives Eintreten für eine vielfältige starke Zivilgesellschaft, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung und Spaltungen wendet und für ein friedliches Zusammenleben sowie für die Würde der Menschen einsetzt. Die Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes sehen wir als wichtiges Signal.

In den zurückliegenden Jahren ist eine Veränderung im gesellschaftlichen Klima zu beobachten und auch wissenschaftlich messbar: Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind keine Randphänomene, sondern in allen Teilen der Gesellschaft zu beobachten. Wahlergebnisse von der kommunalen Ebene bis hin zum Deutschen Bundestag offenbaren Tendenzen zu Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Damit einhergehend lässt sich ein besorgniserregender Anstieg von Hate Speech (Hassrede) und durch Hass geleiteten Taten, von Anfeindungen gegenüber als „anders“, „nicht dazugehörig“ oder „minderwertig“ etikettierten Gruppen beobachten. Gesellschaftliche Spaltungstendenzen treten zunehmend deutlich zu Tage. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass ihre Stimme nicht zählt, viele Menschen sind strukturell von Teilhabe und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen oder benachteiligt. Das Gegeneinander-Ausspielen von Gruppen, die in unterschiedlicher Weise auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen sind, wird zur Strategie der gesellschaftlichen Spaltung. Es gilt, diesen Tendenzen von Hass, Diskriminierung, Spaltung und Ausgrenzung entgegenzutreten und sich aktiv für die Würde der Menschen und den respektvollen Umgang miteinander einzusetzen sowie unveräußerliche Grundrechte zu schützen. Der zivilgesellschaftliche Einsatz für eine lebhaftere und wehrhafte Demokratie und gegen jede Form von Extremismus bedarf es einer Sicherung der etablierten Strukturen, die wirkungsorientiert, langfristig und sichtbar ist. Dies ist elementar für das demokratische Zusammenleben in unserer immer vielfältigeren Gesellschaft.

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Zentrum Engagement,
Demokratie und Zivilgesellschaft
T +49 30 65211 1328
ingo.grastorf@diakonie.de
www.diakonie.de

Demokratiebildung stärker fördern

Wir erwarten die Förderung einer diversitätssensiblen Aus- und Weiterbildung der sozialen Berufe sowie die verbesserte Förderung der politischen Bildung als zentralem Aspekt der Demokratiebildung.

Die Soziale Arbeit und soziale Berufe tragen zu einer demokratischen, offenen und vielfältigen Gesellschaft bei, indem sie in ihrem Alltag eine partizipative, offene und diskriminierungsfreie Kultur vermitteln und leben. Die Diakonie übernimmt vor allem als Trägerin von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Jugend(sozial)arbeit und der Freiwilligen-dienste Verantwortung dafür, junge Menschen darin zu unterstützen, sich an demokratischen Werten zu orientieren und kritische Urteilskraft zu entwickeln. Hierbei müssen insbesondere in den außerschulischen Formaten spezifische Angebote für benachteiligte Jugendliche ausgebaut werden, die aufgrund hoher Zugangsbarrieren de facto oftmals von Angeboten der Demokratiebildung ausgeschlossen sind. Damit dies bestmöglich gelingt, müssen die Lehrpläne im Rahmen der Ausbildungen für die sozialen Berufe angepasst und durch diversitäts- sowie rassismussensible Inhalte ergänzt werden. Ebenso müssen Weiterbildungsmöglichkeiten zu diesen Inhalten für Menschen in sozialen Berufen gefördert werden. Ziel muss es sein, die politische Bildung als zentralen Aspekt der Demokratiebildung zu befördern. (Dies fordert auch der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vom November 2020).

Gegen Hate Speech und Verschwörungsmythen politisch eintreten

Zur Bekämpfung von Hate Speech, Verschwörungsmythen und die Demokratie delegitimierenden Aktivitäten in den sozialen Netzwerken und anderen Medien erwarten wir von der Bundespolitik, die gesetzlichen Spielräume zur Bekämpfung von Hassrede und „fake news“ zu nutzen.

Die Diakonie wendet sich gegen demokratiefeindliche und oftmals antisemitische Verschwörungsmythen, gegen Ausgrenzung und Abwertung – auch von Mitarbeitenden und Engagierten -, wie sie vielfach im Netz, aber auch in anderen Medien verbreitet werden. Maßnahmen der politischen Bildung und der Medienbildung sind hier besonders geeignete Ansätze. Medienbildung muss stärker als bisher Teil der schulischen Bildung sowie der außerschulischen Bildungsarbeit werden. Insbesondere benachteiligte Zielgruppen müssen mit spezifischen Angeboten erreicht werden, die einer gesonderten Förderung bedürfen.

Diskriminierungsschutz ausbauen

Wir erwarten den Ausbau des Diskriminierungsschutzes durch Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie den Ausbau der Beratungsstrukturen und Förderprogramme im Antidiskriminierungsbereich und der Extremismus-Prävention.

Das Schutzinstrumentarium des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) erfasst die Bereiche Sozialschutz, soziale Sicherheit und Gesundheitsdienste sowie Bildung. Der Anwendungsbereich sollte ausgeweitet werden insbesondere auf alle Formen des staatlichen Handelns. Zudem bedarf es einer Ergänzung und Überarbeitung der Diskriminierungsmerkmale in §1 AGG. Wir fordern, die bisher fehlenden Merkmale „soziale Zuschreibung“ und „Sprache“ sowie „antisemitische Zuschreibung“ ergänzend aufzunehmen. Der Begriff „Rasse“ soll durch „rassistische Zuschreibung“ ersetzt werden.

Darüber hinaus müssen Betroffene von Diskriminierung durch die Einführung einer gesetzlichen Prozess-Standschaft für Antidiskriminierungsverbände sowie ein umfassendes Verbandsklagerecht, das auch strukturelle Diskriminierungstatbestände aufgreifen kann, besser geschützt werden.

Es bedarf eines Ausbaus und einer Verstärkung der Finanzierung von staatlichen und von unabhängigen Beratungsstellen. Ziel muss sein, Handlungskompetenzen von Betroffenen und Diskriminierungsverantwortlichen auf individueller und institutioneller Ebene zu stärken und zu erweitern, um diskriminierende Praxen und Strukturen aufzubrechen und langfristig zu verändern.

Diskriminierung besser erfassen

Wir fordern Maßnahmen für eine umfassendere und differenzierte statistische Erfassung der unterschiedlichen Diskriminierungsformen und den Aufbau eines Gleichstellungs- und Antidiskriminierungs-Monitoring.

Um zielgenau spezifische und effektive Maßnahmen gegen Ungleichheiten zu entwickeln und das gesellschaftliche Bewusstsein für bestehende Diskriminierungsformen zu schärfen, bedarf es einer umfassenderen und differenzierten statistischen Erfassung der unterschiedlichen Diskriminierungsformen sowie von antisemitisch und rassistisch motivierten Gewaltstraftaten. Darüber hinaus fordern wir, das Gleichstellungs- und Antidiskriminierungs-Monitoring auf- und auszubauen (u.a. Rassismusmonitor des DeZIM, Datenerhebung des Bundes zum Gesundheitswesen, RIAS zu Antisemitismus).

Diversität in Organisationen verankern

Die diversitätsorientierte Organisationsentwicklung in Behörden und Einrichtungen braucht politische Unterstützung.

Die diversitätsorientierte Organisationsentwicklung ist als Maxime in Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Angeboten der Daseinsvorsorge zu verankern und deren Umsetzung strukturell zu fördern. Es gilt den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Vielfaltsaspekten, wie geschlechtliche Identität, Alter, soziale Herkunft oder Behinderung Rechnung zu

tragen. Notwendig sind insbesondere (Bildungs-)Maßnahmen, um auf gesellschaftlicher Ebene für Formen und Auswirkungen von Rassismus zu sensibilisieren. Die Anerkennung und kritische Auseinandersetzung mit Rassismus ist für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in unserer Gesellschaft unerlässlich.

Ansprechpartner:

Ingo Grastorf

Leiter | Zentrum Engagement, Demokratie und Zivilgesellschaft

T +49 30-652111328 | F +49 30-652113328

ingo.grastorf@diakonie.de

Stand: Mai 2021